

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 11. Oktober 1995

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	30	Dr. Lippelt, Helmut (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22
Caspers-Merk, Marion (SPD)	13, 14	Dr. Lucyga, Christine (SPD)	33, 34
Dreßen, Peter (SPD)	7, 8	Dr. Mahlo, Dietrich (CDU/CSU)	17, 18
Erlar, Gernot (SPD)	25, 26	Dr. Mayer, Martin (Siegertsbrunn) (CDU/CSU)	5
Fuhrmann, Arne (SPD)	9, 10	Dr. Pohler, Hermann (CDU/CSU)	19, 20
Hartenbach, Alfred (SPD)	11	Reuter, Bernd (SPD)	31, 32
Dr. Hendricks, Barbara (SPD)	15, 16	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	23, 24
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	6	Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Kubatschka, Horst (SPD)	1, 2	Tippach, Steffen (PDS)	27, 28
Dr. Leonhard, Elke (SPD)	12, 29		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	9

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

1. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die Ergebnisse der Untersuchungen amerikanischer Wissenschaftler des Argonne National Laboratory (ANL), die im Auftrag und mit finanzieller Unterstützung des US-Energieministeriums Möglichkeiten untersuchten, die geplante Neutronenquelle statt mit hochangereichertem Uran (HEU) mit nicht mehr in Atombomben einsetzbarem leicht angereichertem Uran (LEU) zu betreiben, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für den Bau des Forschungsreaktors (FRM II) in Garching?
2. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)

Wie reagiert die Bundesregierung auf Äußerungen des Pressesprechers der Projektgruppe Neuer Forschungsreaktor der Technischen Universität München, Gerd von Hassel, in der Süddeutschen Zeitung vom 26. September 1995, daß nach Verbrauch der 400 kg Uran – etwa ab dem Jahre 2011 oder 2012 – „Osteuropa“ als Lieferant in Frage komme, und ist es richtig, daß bereits Gespräche zwischen dem Ministerium für Atomenergie der Russischen Föderation (Minatom) und der Europäischen Union über Uranlieferungen Rußlands an die Euratom stattgefunden haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

3. Abgeordneter
**Manfred
Such**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung aus den letzten fünf Jahren über die Zahl von nicht zur Hauptverhandlung erschienenen Angeklagten sowie über die durchschnittliche Dauer von der Tatendeckung bis zur Hauptverhandlung vor, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus diesen Erkenntnissen oder aber aus deren Fehlen hinsichtlich des möglichen Bedarfs an der Einführung einer sogenannten Hauptverhandlungshaft sowie deren Realisierbarkeit?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

4. Abgeordneter
**Manfred
Such**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche sozialen Kriterien außer der Höhe des Kaufpreisgebots berücksichtigt die Bundesregierung beim Verkauf bundeseigener Wohnhäuser oder Kasernen hinsichtlich der Erwerber, deren beabsichtigter Nutzung sowie absehbarer Geschäftsgebahren bei Weitervermietungen des Objekts, und mit welchen Auflagen oder sonstigen Instrumenten kann die Bundesregierung bei solchen Verkäufen – im Sinne einer wohnungsmarktpolitischen Steuerung – dafür Sorge tragen, daß die Käufer die Objekte Wohnungssuchenden zu angemessenen Bedingungen anbieten?
5. Abgeordneter
**Dr. Martin
Mayer**
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um den Beschluß des EU-Nomenklaturausschusses, CD-ROM-Laufwerke für PC als Videorecorder zu klassifizieren und damit einem erhöhten Importzoll zu unterwerfen, rückgängig zu machen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

6. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung, damit der prozentuale Anteil der Zuschüsse des Bundes an der überbetrieblichen Lehrlingsausbildung nicht noch weiter sinkt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

7. Abgeordneter
**Peter
Dreßen**
(SPD)
- In welcher Höhe haben die Berufsgenossenschaften in den letzten Jahren für Gutachten, Anwalts- bzw. Gerichtskosten usw. im Zusammenhang mit juristischen Auseinandersetzungen bei der Bewilligung von Berufsunfähigkeitsrenten Finanzmittel aufgewendet?

8. Abgeordneter
Peter Dreßen
(SPD)
- Wie viele Berufsunfähigkeitsrenten sind in den letzten Jahren ohne eine juristische Auseinandersetzung bewilligt worden, und welchen Anteil machen diese an allen Bewilligungen (also unter Einschluß solcher, bei der ein juristischer Konflikt vorlag) aus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

9. Abgeordneter
Arne Fuhrmann
(SPD)
- Trifft die Auskunft des Luftwaffenamtes in Köln zu, daß Bundeswehr-Tornados von den Standorten Schleswig und Lechfeld im Rahmen von Übungsflügen der „schnellen Eingreiftruppe“ Tiefflug-Mannöver im 150-Meter-Band nach Anmeldung fliegen dürfen?
10. Abgeordneter
Arne Fuhrmann
(SPD)
- Trifft es zu, daß auf eine entsprechende Anfrage einem Mitglied der Fraktion der CDU/CSU schriftlich vom Bundesministerium der Verteidigung mitgeteilt wurde, es bestünde kein Zusammenhang zwischen Tiefflügen im 150-Meter-Band und Übungen der „schnellen Eingreiftruppe“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

11. Abgeordneter
Alfred Hartenbach
(SPD)
- Wie sahen die Ergebnisse der letzten Lärmessungen im Bereich der Autobahnbrücke „Rhödaer Grund“ an der Bundesautobahn A 44 aus, und ist in diesem Bereich die Errichtung von Lärm- und Schallschutzmaßnahmen geplant?
12. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Wann ist mit einer Genehmigung der überarbeiteten Planunterlagen zu rechnen, die das Land Nordrhein-Westfalen für den nordrhein-westfälischen Teil des Lückenschlusses der Bundesautobahn 1 (Tondorf/Mehren) nach Einbeziehung von Einwendungen und neuen Rechtsgrundlagen, insbesondere im Bereich des Umweltschutzes, dem Bundesministerium für Verkehr zugeleitet hat?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

13. Abgeordnete
**Marion
Caspers-Merk**
(SPD)
- Gibt es bei der Bundesregierung Überlegungen, nach dem Vorbild des Dualen System Deutschland GmbH ein entsprechendes Recyclingsystem für gebrauchte Textilien einzuführen, und wenn ja, wie weit sind diese Überlegungen gediehen?
14. Abgeordnete
**Marion
Caspers-Merk**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Befürchtungen der betroffenen Organisationen, daß bei Einführung eines derartigen Systems die Erfassung und Vermarktung von Alttextilien den karitativen Organisationen, die bisher einen Großteil ihrer satzungsgemäßen Arbeit und wichtige Wohlfahrtsprojekte aus der Sammlung und Verwertung von Alttextilien finanzieren, entzogen würde, und hat dieser Gesichtspunkt in den bisherigen Überlegungen eine Rolle gespielt?
15. Abgeordnete
**Dr. Barbara
Hendricks**
(SPD)
- Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung Überflutungsräumen von Flüssen – z. B. des Rheins – im Hinblick auf den vorsorgenden Hochwasserschutz zu, und kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, ob solche Überflutungsräume an jedem Abschnitt eines Flußlaufes, also z. B. am Oberrhein ebenso wie am Niederrhein, von gleichwertiger Bedeutung für den Hochwasserschutz sind?
16. Abgeordnete
**Dr. Barbara
Hendricks**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung auf die niederländische Reichsregierung eingewirkt, damit diese bei ihrem beabsichtigten Deichverstärkungsprogramm auch die Interessen der auf der deutschen Seite gelegenen Region Unterer Niederrhein, die noch im Januar 1995 durch drohenden Deichbruch auf niederländischer Seite extrem gefährdet war, berücksichtigt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post
und Telekommunikation**

17. Abgeordneter
**Dr. Dietrich
Mahlo**
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung, die die Emission von Sonderbriefmarken sonst eher großzügig handhabt, keine Veranlassung gesehen, der 50. Wiederkehr der Austreibung der Deutschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten zu gedenken?

18. Abgeordneter
Dr. Dietrich Mahlo
(CDU/CSU)
- Betrachtet die Bundesrepublik Deutschland die Erinnerung an die Vertreibung von 12 bis 16 Millionen Deutschen – das nach der Ermordung der europäischen Juden durch Deutsche wohl zweitgrößte ideologisch/rassistische Verbrechen der modernen Geschichte – zukünftig als eine Privatangelegenheit der noch lebenden Betroffenen und ihrer Abkömmlinge?
19. Abgeordneter
Dr. Hermann Pohler
(CDU/CSU)
- Auf welche Weise wird der Zugang zu Breitbandkabelnetzen reguliert für Anbieter von digitalen kommunikativen Diensten, die nicht dem Rundfunk zuzuordnen sind?
20. Abgeordneter
Dr. Hermann Pohler
(CDU/CSU)
- Wann und in welchem Umfang wendet die Bundesregierung die vom Regulierungsrat verabschiedeten Telekommunikations-Verleihungsverordnungen an?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

21. Abgeordneter
Dr. Helmut Lippelt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welchen „Bonner Auftraggeber“ und „engen Berater von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl“ bezog sich Ex-Botschafter Dr. Guido Brunner, als er am 26. September 1995 vor dem spanischen Untersuchungsrichter behauptete, dieser habe ihn angewiesen, das SEAT-Geld in Verwahrung zu nehmen?
22. Abgeordneter
Dr. Helmut Lippelt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat er auf Weisung des Bundeskanzlers gehandelt, oder was hat sich dieser „Bonner Auftraggeber“ dabei gedacht, als er Dr. Guido Brunner entsprechend anwies (FAZ vom 28. September 1995/dpa vom 27. September 1995)?
23. Abgeordneter
Dr. Klaus Rose
(CDU/CSU)
- Mit welchen Staaten des ehemaligen „Ostblocks“ gibt es noch Schwierigkeiten in der Betreuung deutscher Kriegsgräber, und was sind ggf. die Gründe dafür?

24. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Rose**
(CDU/CSU)
- Wann ist mit einem Kriegsgräber-Abkommen zwischen Deutschland und der Ukraine zu rechnen?
25. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf den Ausgang der Parlamentswahlen in Lettland, und welche politischen Maßnahmen wird die Bundesregierung gemeinsam mit den Staaten der Europäischen Union ergreifen, wenn im Gefolge dieser Parlamentswahlen sich das Verhältnis zwischen Letten und Nichtletten in Lettland verschlechtert und neue Spannungen mit der Russischen Föderation entstehen?
26. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- Welche Möglichkeiten kann und wird die Bundesregierung gegen die Gefahr ergreifen, daß sich eine solche mögliche Verschlechterung der politischen Lage Lettlands mit dem Namen des deutschen Staatsbürgers Joachim Siegerist verbindet und dadurch eine Rufschädigung der gesamten deutschen Politik in der Ostseeregion entsteht?
27. Abgeordneter
**Steffen
Tippach**
(PDS)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Menschenrechtslage in den Vereinigten Arabischen Emiraten, und auf welche Art und Weise versucht sie, auf eine Verbesserung der Menschenrechtssituation hinzuwirken?
28. Abgeordneter
**Steffen
Tippach**
(PDS)
- Unterstützt die Bundesregierung den Appell des Europäischen Parlaments an die Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate, das gegen Sarah Balabagan verhängte Todesurteil auszusetzen, und wie gedenkt sie, sich darüber hinaus bei der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate für die 17jährige Philippinin einzusetzen?
29. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Kritik an der Sprachenförderung des Auswärtigen Amtes, die nach Einschätzung von Experten unkoordiniert ist, zu wenig Unterstützung von Seiten der Bundesregierung erfährt und darüber hinaus in Landeshoheiten zersplittert ist, da die Bundesländer ihrerseits Sprachenpolitik betreiben, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Einrichtung einer zentralen Instanz, die die nationale Sprachenpolitik koordiniert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

30. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung angesichts der Gefährdung von Beamten des Bundesgrenzschutzes infolge evtl. Fehlentscheidungen der Landesregierung Niedersachsen bei Einsätzen wie den „Chaos-Tagen“ bereit, Bundesbeamte auch zukünftig für Einsätze auf Wunsch betroffener Landesregierungen bereitzustellen, wenn z. B. eine betroffene Landesregierung den Einsatz der Landespolizei, z. B. zum Schutz von Castor-Transporten, wegen einer angeblichen Gefährdung der Beamten ablehnt?
31. Abgeordneter
**Bernd
Reuter**
(SPD)
- Plant die Bundesregierung eine Zusammenarbeit zwischen der GSG 9 und der Policia Nacional von Nicaragua?
32. Abgeordneter
**Bernd
Reuter**
(SPD)
- Hat die Botschaft von Nicaragua mit deutschen Stellen Kontakt zu diesem Zweck aufgenommen?
33. Abgeordnete
**Dr. Christine
Lucyga**
(SPD)
- Trifft es zu, daß nach dem deutsch-vietnamesischen Rücknahmeabkommen für vietnamesische Bürgerinnen und Bürger mit einer Arbeits-erlaubnis in der DDR insofern eine Benachteiligung besteht, als Zeiten ihres Aufenthaltes in der DDR nicht bzw. nicht vollständig auf die Gesamtaufenthaltszeit angerechnet werden, was dazu führt, daß vietnamesische Bürgerinnen und Bürger zum Teil geringe Aufenthaltszeiten anerkannt bekommen, obwohl sie das Doppelte bzw. Dreifache der Zeiten bereits in Deutschland (einschließliche Aufenthaltszeiten in der DDR) verbracht haben?
34. Abgeordnete
**Dr. Christine
Lucyga**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Zugrundelegung von tatsächlichen Beschäftigungszeiten für die Anrechnung von Aufenthaltszeiten vietnamesischer Bürgerinnen, die während ihres Aufenthaltes in Deutschland mehrere Kinder geboren haben, nur geringe Aufenthaltszeiten erwachsen, obwohl durch die Geburt der Kinder und ihre Eingliederung in die Gesellschaft für die betreffende Familie ein hoher Sozialisierungsgrad eingetreten ist, und was gedenkt die Bundesregierung gegen diese Form der Benachteiligung der vietnamesischen Bürgerinnen zu tun?

Bonn, den 6. Oktober 1995

